

Juni 1988

Brehl und Jourdan fordern erneut Gebührenerhöhung

Um die Finanzen der Städte und Gemeinden sieht es schlecht aus. Landauf, landab klagen die Kämmerer. Hauptgrund der Misere: Die Politik aller Bonner Regierungen hat zum Ausbluten der Kommunen geführt. Auch in unserer Stadt sieht es nicht gut aus mit den finanziellen Mitteln. Obwohl – allzusehr sollte er nicht jammern der Jourdan, denn in vielen Städten sieht es schlechter aus.

„Sparen, sparen, sparen“, sei jetzt die Devise – so Stadtkämmerer Jourdan. Die ständig steigenden Personalkosten und die erheblichen Ausgaben für Kinder- einrichtungen seien u.a. verantwortlich für die schlechte Finanzlage. Deshalb, so Jourdan, mit den ständig neuen Forderungen auf diesem Gebiet „muß mal Schluß sein! Wir müssen den Gürtel enger schnallen.“

Bürgermeister Brehl unterstützt das Gejammer seines Kämmerers, kommt aber dann schnell zur Sache: Die Abwassergebühren müßten jetzt endlich erhöht werden und zwar möglichst schnell! Noch vor der Sommerpause, so Brehl und Jourdan, sollen erneut Gebührenerhöhungen vorgeschlagen werden. Sinnvoll sei es, die Bürger ab 1. Juli 1988, spätestens aber zum 1. Januar 1989 zur Kasse zu bitten. „Und die Bürger haben Verständnis dafür!“, so der Bürgermeister. Wir haben da allerdings andere Erfahrungen gemacht, denn wir haben mit den Einwohnern gesprochen und da-

bei 3.000 Protestunterschriften gegen die Gebührenerhöhungen gesammelt.

Wenn wir die Gebühren nicht erhöhen, so droht der Bürgermeister, dann kriegt die Evangelische Kirche kein Geld und die Vereine bekommen die Zuschüsse gekürzt.

Diese Drohgebärden sind gar zu durchsichtig – man will schlichtweg Stimmung machen und die nächste Gebührenerhöhung vorbereiten. Also drohen Brehl und Jourdan den Vereinen, der Kirche, den Kindergärten.

Das alles ist reichlich unverschämte! Die Ausgaben für Kindergärten und Vereine sind schließlich kein Almosen, sondern zwingende Notwendigkeit. Und es sind schließlich auch nicht nur die ständig steigenden Gebühren, die unsere Bürger belasten. Da erhöht Mörfelden-Walldorf locker die Schwimmbad-Eintrittspreise um 100 Prozent, da trifft die sogenannte Gesundheitsreform die „kleinen Leute“, da werden Postgebüh-

ren teurer, gibt es Pläne, die Arbeitslosenversicherung zu erhöhen.

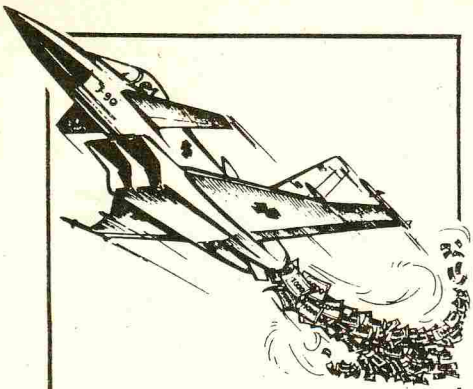
Wenn Brehl meint: „Die Bürger haben Verständnis für Gebührenerhöhungen“, dann spricht das auch für eine gewisse Abgehobenheit in der Rathauspitze. Tatsächlich gibt es hier und im Stadtparlament viele beamtete Spitzenverdiener, die überhaupt nicht mehr wissen, wie sehr Gebührenerhöhungen den Normalverdiener drücken.

Außerdem, immer mehr Bürger vertreten die Ansicht: Sollen die im Rathaus erstmal ihren Laden in Ordnung halten, ehe sie Gebührenerhöhungen planen. Dabei wird auf Fusionskosten, den millionenschweren Kanalverbund, an einen problematischen Spielplatz (mit Tümpel), an eine dubiose Brunnenplanung und ähnliches verwiesen.

Das ist sicher richtig. Das wichtigste aber, es muß von unserer Stadt mehr Dampf gemacht werden, daß sich „oben“ in Bonn und Wiesbaden etwas ändert.

Ich meine: Höchste Zeit, daß diese Wahrheiten von der DKP auch in der Stadtverordnetenversammlung wieder vorgebracht werden können.

Rudi Hechler



Wir haben's ja!

In den letzten Wochen häuften sich mal wieder Nachrichten über die sich Bürger ärgern:

- Da soll es demnächst eine „Gesundheitsreform“ geben, bei der die Kranken blechen müssen.
- Da soll es einen neuen, teuren Super-Jäger geben.
- Da schlägt Schwarz-Schilling mal wieder zu und erhöht drastisch die Postgebühren.
- Da wollen Brehl und Jourdan möglichst sofort eine Gebührenerhöhung.
- Da werden die städtischen Schwimmbadpreise um 100 % angehoben.

Viele Bürger merken, das alles hängt ja irgendwie zusammen. Nehmen wir mal den „Jäger 90“. Allein die Entwicklung kostet dem Steuerzahler 5,8 Milliarden. Für die nächsten Jahre kalkuliert man real 52 Milliarden für diese „Wunderwaffe“.

Umgerechnet heißt das, jeder Erwerbstätige bezahlt 2000,- Mark, jeder Bundesbürger vom Säugling bis zum Greis muß für diese Neuanschaffung 1000,- Mark berappen.

Unsere Stadt Mörfelden-Walldorf hat über 30.000 Einwohner. Jeder kann selbst ausrechnen, wie hoch die verpulverte Summe ist und wie nötig wir dieses Geld brauchen könnten. Für die Kläranlage, für die Lösung von Verkehrsproblemen, für Kindereinrichtungen, für die Vereinsarbeit. Die Liste kann man fortsetzen.

Wir meinen, wenn man von den fehlenden kommunalen Finanzmitteln spricht, sollte man auch über den neuen Jäger 90 reden.



Millionär Wörner

Ein Herr namens Manfred Wörner (CDU) bereitet sich gegenwärtig auf noch bessere Zeiten vor. Den Minister a.D. erwartet ein warmer Geldregen. Ab 1. Juli hat er einen neuen Arbeitsplatz als NATO-Generalsekretär in Brüssel. Mit einem Jahresgehalt von 200.000 Dollar liegt er dann den Steuerzahlern vier bis fünf Jahre auf der Tasche. So schnell kann man Millionär werden.

Autohaftpflicht teurer

Die Versicherungskonzerne wissen, wo noch Geld zu holen ist: Ab 1. Juli werden die Auto-Haftpflichtversicherungen um 7,8 Prozent angehoben. Selbst unfallfreie Fahrer werden verstärkt zur Kasse gebeten. Die DKP verurteilt diese Ausplünderung, denn sie soll trotz großer Reserven in den Kassen der Großkonzerne laufen.

NACH DEM MOSKAUER GIPFEL

Ein wichtiger Schritt

Auch in Mörfelden-Walldorf wurde das Treffen Gorbatschow/Reagan mit Anteilnahme verfolgt. Es hängt für uns alle eben viel davon ab, wie sich das Verhältnis zwischen UdSSR und USA entwickelt.

Nach dem bedeutsamen Treffen kann man mit Optimismus auf ein weiteres Vorankommen des Abrüstungsprozesses blicken. Man ist in Moskau vernünftig und verantwortungsbewußt miteinander umgegangen. Der Austausch der Ratifizierungsabkommen zum INF-Vertrag war ein historischer Moment. Damit wurde der Weg in eine Welt ohne Atomwaffen eröffnet. Die Friedensbewegung unseres Landes hat mit ihrem großen Kampf gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu diesem Erfolg beigetragen.

Zweifellos hätte in Moskau noch mehr herauskommen können. Man spürte, daß es noch ein weiter Weg ist, bis sich überall das neue Denken und Handeln durchsetzt. Das Treffen war zweifellos belastet von den kapitalistischen Kreisen, die aus Profitgründen am liebsten eine neue Hochrüstungswelle erzeugen wollen.

Der Gipfel zeigt auch, daß der konstruktive Beitrag der Bundesregierung gefördert wird. Dort sind aber immer noch Kräfte tätig, die die Verschrottung der Mittelstreckenraketen durch die Modernisierung anderer atomarer Waffen ausgleichen wollen.

Die Friedenskräfte in unserer Stadt, in der Friedensinitiative, den Kirchen, Gewerkschaften und Parteien, haben deshalb allen Grund, auch nach dem Gipfel verstärkt weiterzuwirken.

Aus dem Horrorkatalog des Dr. Norbert Blüm

Bundessozialminister Dr. Norbert Blüm (CDU) will zusammen mit der kompletten CDU/CSU/FDP-Bundesregierung den Kranken in die Taschen greifen. Sein Horrorkatalog enthält als Belastung für die Patienten unter anderem folgende Angebote:

- 2,35 Milliarden DM Zuzahlung für Zahnbehandlung
- 270 Millionen DM Zuzahlung bei Kiefernorthopädie
- 100 Millionen DM Zuzahlung für Arzneimittel
- 150 Millionen DM Zuzahlung für Heilmittel
- 300 Millionen DM durch Erhöhung der Zuzahlung auf 4 DM pro Heilmittel
- 75 Millionen DM Zuzahlung für Kontaktlinsen
- 760 Millionen DM Zuzahlung für Brillen
- 110 Millionen DM Zuzahlung für Hilfsmittel
- 170 Millionen DM Zuzahlung für Hörgeräte
- 165 Millionen DM Zuzahlung bei offenen Badekuren
- 800 Millionen DM Zuzahlung für Krankentransport
- 50 Millionen DM Zuzahlung bei medizinischer Behandlung im Ausland



AUSKUNFT: 22362



*Nicht nochmal,
verwählen!*

DKP

"blickpunkt" Wahlinformation Nr. 2

Kommunalwahl 12. März 1989

"Nicht nochmal verwählen!" Leicht gesagt. Im März '89 ist Kommunalwahl, aber schon jetzt beginnen die Parteien mit dem Wahlkampf. Jetzt schon fliegen die Fetzen. Wenn noch eine Weile rum ist, dann wird man vor lauter Pulverdampf nicht mehr durchblicken.

Dabei wird vieles so ablaufen, wie gehabt. Die SPD will die absolute Mehrheit. Sicher wird sie dabei vom Rathaus wieder massiv unterstützt. Sicher wird sie sich auch wieder mit fremden Federn schmücken.

Die CDU, ausgestattet mit viel Zaster und angeführt von einem hochdotierten Industriemanager, drischt auf SPD, DKP und Grüne. Die Umfallerpartei FDP mischt auch wieder mit und macht große Sprüche.

Daß auch die DKP alles dran setzt, wieder ins Stadtparlament einzuzuziehen, braucht an dieser Stelle nicht besonders erwähnt zu werden.

Man kann sich also nicht allein auf Parteierklärungen vor der Wahl verlassen - man muß die Parteipraxis im Parlament und außerhalb des Stadtparlamentes ebenso einschätzen.

In den vergangenen Jahren wurden die Wahlkampfprügeleien allerdings meist noch in der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt. Die berechtigten Anliegen der Bürger blieben dabei nicht selten auf der Strecke. GBL und SPD schlugen aufeinander ein, die CDU feixte - zurück blieb oft Unverständnis, Unzufriedenheit und Verärgerung bei den Bürgern. Denn zurückblieben ungezählte Probleme die nicht gelöst wurden, weil sich die jetzt im Stadtparlament vertretenen Parteien nicht in der Lage sahen zu handeln. Aber es gibt noch ein wichtiger Punkt: Auf viele Bedürfnisse der Bevölkerung konnte tatsächlich nicht eingegangen werden, weil das Geld fehlt. Das Geld das die Kommunen brauchen, wird für die Rüstung verpulvert, versickert in Spendenaffären, geht für Subventionen an die Großindustrie drauf. Aber die Kommunen bluten langsam aus. Die einzigen, die diesen Skandal ständig anprangern sind die Kommunisten. Wir sagen, wenn wir uns unten nicht regen, wird sich oben nichts bewegen! Nur, im Stadtparlament können wir das heute nicht vorbringen, denn vor vier Jahren schafften wir die Fünf-Prozent-Klausel nicht. Seit dieser Zeit fehlt die Partei in der Stadtverordnetenversammlung, die sich ausschließlich den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet fühlt. Es fehlt die linke Opposition die der SPD "Feuer unter den Arsch" macht.

Es fehlen die Leute, die sich dafür einsetzen, daß die Unternehmerpartei CDU in unserer Arbeiterwohngemeinde nicht noch mehr an Boden gewinnt. Hier haben die Grünen und die SPD in den letzten vier Jahren total versagt.

Man muß natürlich nicht mit unseren gesamten politischen Vorstellungen übereinstimmen um das alles so zu sehen - aber eins ist sicher: Wenn die DKP wieder im Stadtparlament ist, dann wird es dem Rathaus schwerer fallen, ständig Gebührenerhöhungen zu fordern. Wenn die DKP hier wieder Sitz und Stimme hat, dann wird dieses Parlament wieder mehr Tribüne gegen den waldfressenden Flughafen-Moloch.

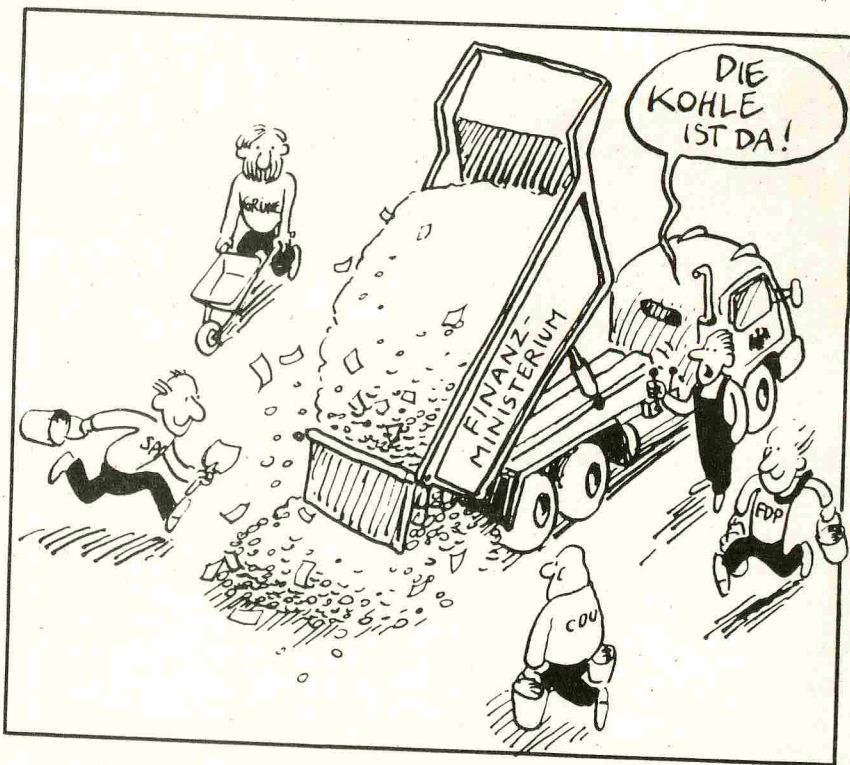
Das wichtigste aber: die Interessen der "kleinen Leute" werden im Rathaus wieder konsequent vertreten. Deshalb, nicht nochmal verwählen!

Was für ein Typ

Manchmal kann man die Politiker an ihrer Sprache erkennen. Bei einer Mitgliederversammlung der hiesigen CDU bezeichnete jetzt der CDU-Landtagsabgeordnete Sturmowsky, die Grünen als ein „Fremdkörper“.

Im Frühjahr 1985, als die DKP die 5 %-Klausel nicht schaffte, meinte Sturmowsky, dies sei „ein Akt der Selbstreinigung“ gewesen. Diese Sprache sagt mehr über Denkweisen in der CDU, als die kommenden artigen Wahlkampfformulierungen.

Es ist anzunehmen, daß Sturmowsky meint was er sagt. „Fremdkörper“ sind wohl auszumerzen. Sich „reinigen“ heißt, sich vom Schmutz, vom Ungeziefer zu befreien. Sagen wir's deutlich: Dies ist die Sprache der Mörder von gestern.



DKP-Erfolg

„Im Stadtteil Walldorf wird ein Kinderhort errichtet“, im Herbst 1984 wurde dieser Antrag der damaligen DKP-Fraktion im Stadtparlament angenommen. Ab 1. September dieses Jahres wird nun endlich der Kinderhort in Walldorf geöffnet werden. Insgesamt sollen 20 Plätze im Hort zur Verfügung stehen.

Teure Parteien

Die im Bundestag vertretenen Parteien CDU, SPD, CSU, FDP und Grüne haben nach ihren eigenen Finanzberichten 1986 zusammen 529,1 Millionen DM ausgegeben. Eingenommen haben sie aber „nur“ 483,5 Millionen. Neben den Mitgliedsbeiträgen und Spenden erhielten sie Wahlkampfkosten aus Steuermitteln erstattet: SPD = 55,3 Millionen, CDU = 47,9 Millionen, CSU = 21,8 Millionen, FDP = 8,3 Millionen und Grüne = 10,9 Millionen. Außerdem erhielten sie einen „Chancenausgleich“. Damit sollen die Vorteile aus der Staatskasse ausgeglichen werden, die Parteien mit hohem Spendenaufkommen und Mitgliedsbeiträgen gegenüber anderen Parteien haben: Grüne = 5,9 Millionen, FDP = 4,3 Millionen, SPD = 1,9 Millionen und CSU = 1,4 Millionen.

KINDERPOST

Kindermund tut Wahrheit kund!

Wenn Ich abends mit meinem Bruder und meiner Mutter nochmal Schwimmen gehen will, müssen wir zusammen 10 DM bezahlen. Das ist viel mer als im letzten Jahr. Das finde ich bescheuert. Wenn man 5 mal in der Woche Schwimmen geht, sind das schon 50 DM. Das ist ziemlich viel.

Jörg Schulmeyer, 7 Jahre

Ich finde gut daß das Schwimmbad neu gemacht wird. Aber es ist blöd, daß es mehr kostet. Wenn es so teuer ist kann mann nicht jeden Tag hingehen. Wenn schönes Wetter ist und wir mal kurz alle vier schwimmen gehen wollen, kostet das für uns schon 15 DM. Wer sich genauso ärgert wie wir, der soll dem blickpunkt schreiben.

Thomas Schulmeyer, 7 Jahre



Großer Bahnhof im Landgericht

Im Landgericht Darmstadt fand das Verfahren gegen den „blickpunkt“-Verantwortlichen Rudi Hechler statt, das ein Vermittlungsinstitut für philippinische Frauen angestrengt hatte. Die Anwesenheit zahlreicher Journalisten und die Kameraleute der „Hessenschau“ hatten im Gericht große Aufmerksamkeit erregt. Das Urteil wird für den 14. Juli erwartet. Sicher bleibt: Der „blickpunkt“ wird sich den Mund nicht verbieten lassen. Die Tätigkeit solcher Institute bleibt ein Skandal der angeprangert gehört.

VEREINE IN UNSERER STADT

13



Abteilung Wassersport der SKV

Schwimmverbände und Schwimmvereine gibt es in Deutschland schon recht lange. Bereits 1897 wurde in Berlin-Tegel der Arbeiter-Schwimmer-Bund gegründet, der jedoch bis 1906 nur aus Berliner Vereinen bestand. Hatte dieser Verband im Jahre 1900 noch 150 Mitglieder, so stieg die Zahl bis 1920 auf fast 32.000 Mitglieder an.

Die Entwicklung des Schwimmsportes verlief parallel mit der Verbreitung von öffentlichen Einrichtungen, wie Strandbäder an Flüssen und Seen, sowie Frei- und Hallenschwimmbädern. Mit dazu beigetragen hat jedoch auch die Veränderung des Bewußtseins, die Forderungen nach solchen Einrichtungen und das Beiseiteschieben überkommener Moralbegriffe. Schwimmen als beliebtes Freizeiterlebnis, aber auch sportlich betrieben in Vereinen, fand immer mehr Verbreitung.

Früher ging es zum „Brückelchen“

Ältere Mörfelder erzählen, daß in unserer Gemeinde Kinder und Jugendliche mangels anderer Gelegenheiten mit den hiesigen, damals noch sauberen, Bächen vorlieb nehmen mußten. Eine geeignete Stelle war am Bahndamm an der Brücke über den Gerätsbach, in der Nähe des heutigen Jugendzentrums. Dort wurde von der Gemeinde der Bach mittels Schleuse gestaut, sodaß eine größere Breite und die erforderliche Wassertiefe entstand.

1928 Eröffnung des Mörfelder Schwimmbades

Von Schwimm- oder Wassersport kann man in Mörfelden erst seit der Eröffnung des Schwimmbades im Jahre 1928 reden. Außer den „Freien Turnern“ (Freie Turn- und Sängervereinigung) hatte ab 1928 auch der Sportverein „Germania“ 1909, eine Schwimmabteilung. Stärker in Erscheinung getreten sind die Wassersportler der „Freien Turner“. Es gab damals schon gute Brust- und Kraulschwimmer, sowie aktive Wasserbal-

ler, die einige Meisterschaften nach Hause brachten. Verbreitet war auch das Figureschwimmen. Der alte hölzerne Sprungturm mit seinen 1-, 3- und 5-Meter-Brettern brachte, für die damaligen Verhältnisse, einige gute Turmspringerinnen und Turmspringer hervor. Gut in Erinnerung sind auch bei den Älteren die jährlich vom Verein ausgerichteten Schwimmfeste. Dennoch, der Freude und Begeisterung wurde bald ein Ende bereitet. Nach nur fünfjährigem Bestehen wurde die Abteilung, wie die vielen anderen Vereine, 1933 von den Nazis verboten und jegliche Vereinsarbeit somit für 12 Jahre unterbunden.

Mühsamer Neuanfang Der Gesamtverein tat immer sein Bestes

Nach 1945 wurde innerhalb der neugegründeten SKV auch wieder mit dem Schwimmsport begonnen. Georg Siegel, Hilde Siegel und Georg Fritz

brachten einige Kinder und Jugendliche zusammen. Es wurden auch eifrig Bahnen geschwommen und an Wettkämpfen in Nachbarstädten teilgenommen. Bei der Entwicklung des Schwimmsportes verlief es jedoch so wie bei den meisten anderen Sportarten. Immer bessere Leistungen waren die Norm und diese konnten nur durch intensives Training, und zwar nicht nur in den wenigen Sommermonaten, sondern das ganze Jahr über, erzielt werden. Es wurden zwar Trainingsfahrten in die Hallenbäder der Nachbarstädte unternommen, jedoch fielen immer wieder fähige Jugendliche ab, oder stießen zu anderen Sportarten.

An Unterstützung für die verhältnismäßig schwache Schwimmabteilung fehlte es von Seiten des Gesamtvereins bisher nicht. Auch die Abteilungsfunktionäre und Übungsleiter bzw. Trainer, gaben ihr Bestes. So ist es auch heute noch. Zur Abteilung Wassersport zählen z.Z. insgesamt 109 Mitglieder (inkl. Jugendliche). Die Aktiven befinden sich alle noch im jugendlichen Alter bis 18 Jahre, es sind aber auch schon 6jährige eifrig mit dabei. Trainiert werden die Schwimmer von Christian Mohr, selbst aktiver Schwimmer in der Abteilung und von Frau Leupold.

Es fehlt das Hallenbad

Wie wir von dem Vorsitzenden der Abteilung, Heribert Zuehlcke erfuhren, hat die Wassersportabteilung sehr darunter zu leiden, daß es in unserer Stadt kein Hallenbad gibt. Die wenigen Sommermonate reichen zum intensiven Training nicht aus, zumal im Jahre 1987/88, durch den Umbau des Schwimmbades, man kaum zum Training kam. Jedoch hofft man nach Fer-



Die Jugend der Schwimmabteilung beim Trockentraining in der Halle. Hier das bekannte Schubkarrenfahren zur Stärkung der Arm- und Schulterpartien.

tigstellung des Bades auf einen Aufschwung. Es wird dreimal die Woche trainiert.

Leider muß während der kühleren Jahreszeit in die Hallenbäder der Nachbarstädte gefahren werden. Dort ist Eintritt zu zahlen und die Eltern müssen jeweils mit ihren Privatwagen die Fahrten übernehmen. Da soll es leider schon vorgekommen sein, daß nicht genügend Fahrplätze vorhanden waren und Kinder nach Hause geschickt wurden.

An einem solchen Beispiel zeigt sich, wie wichtig für unsere Doppelstadt ein Hallenbad wäre. Jahrelang war es im Gespräch. Die Planung stand bereits fest und Rücklagen waren schon vorhanden. Auch der Platz in der Nähe der Gesamtschule war schon auserkoren und von der Lage her optimal. Aber nach der Fusion mit Walldorf kam doch nicht die angekündigte „geballte Finanzkraft“, so daß die Pläne alsbald nicht nur in der Schublade, sondern auch im Papierkorb verschwanden. Dies ist sehr bedauerlich, zumal man weiß, daß Schwimmen von immer mehr Menschen ausgeübt wird, bis ins hohe Alter betrieben werden kann und für die Gesunderhaltung von großer Bedeutung ist. Der Bau eines Hallenbades würde für die Bevölkerung und für den Wassersport in Mörfelden-Walldorf eine ähnliche positive Beeinflussung bringen, wie der Bau des Mörfelder Freibades vor 60 Jahren.

Immer Finanzprobleme

Durch den Umbau des Schwimmbades wurde der Trainingsbetrieb bereits das zweite Jahr stark beeinträchtigt. Voriges Jahr fiel das Schwimmfest aus und für den diesjährigen Termin, am 10. Juli, kann die Stadt die Fertigstellung des Bades noch nicht garantieren. Ein Ausweichen nach Langen würde nur für einen Nachmittag 200,- DM kosten.

Trotzdem ist erstaunlich und nur dem eisernen Training der Einzelnen und der guten Betreuung zu verdanken, daß immer wieder gute Zeiten geschwommen werden. So brachte man erst jetzt von der Südhessischen Bezirksmeisterschaft mit 10 Teilnehmern aus Mörfelden, persönliche Bestzeiten mit. Torsten Becker, Jahrgang 1971, holte zweimal 3. Plätze im 200 m Rücken und 100 m Schmetterling. Christian Weller, Jahrgang 1973, erschwamm drei 4. Plätze u.a. in 100 m Freistil und 100 m Brust, sowie Stefan Schneble, Jahrgang 1979, einen 3. oder 4. Platz in 100 m Freistil.

Ohne den unermüdlichen Einsatz der Verantwortlichen und ohne Unterstützung durch die Eltern, wären diese Leistungen und der hierzu erforderliche Übungsbetrieb, nicht möglich gewesen.

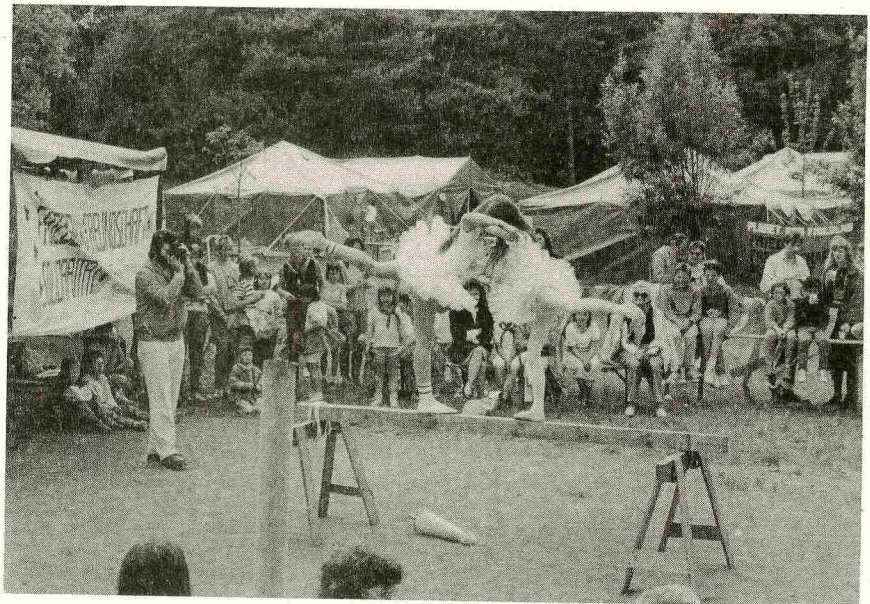
Vielleicht ist in Zukunft die Möglichkeit gegeben, daß die Stadt einen Kleinbus für das Befördern der Kinder und Jugendlichen zum Übungsbetrieb in Nachbarstädte zur Verfügung stellt. Der „blickpunkt“ wünscht der Wassersportabteilung auch für die nächste Zeit Erfolg und Zuspruch unter der Jugend.

Heinz Hechler

SCHAU, SCHAU!

Die Fußballfans werden gelehmt. Die Übertragung der Fußballspiele im 1. und 2. Fernsehen ist künftig infrage gestellt. Der Deutsche Fußballbund verschacherte jedenfalls für 135 Millionen die Bundesligaübertragungsrechte an die Bertelsmannkonzern-Tochtergesellschaft UFA.

Schwarz-Schilling der ungeliebte Bundespostminister schaut interessiert zu, denkt er doch, daß dadurch so mancher Bundesbürger den Verkabelungsplänen positiv gegenübersteht, da man dann per Kabel auch die Sender empfangen kann, die dann solche Sportsendungen ausstrahlen. Experten meinen, daß die monatlichen Gebühren für das Kabelfernsehen sehr bald von derzeit 9,- DM auf bis zu 14,- DM steigen werden. Zusammen mit den anderen Rundfunkgebühren müßten medienbewußte Haushalte dann rund 30,- DM für Radio und Fernsehen bezahlen.

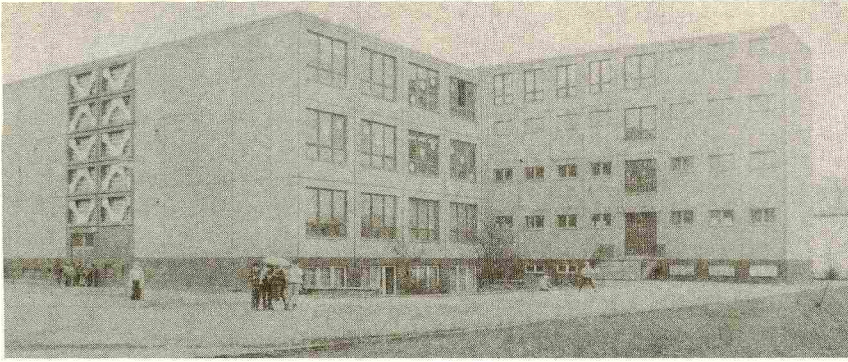


„Wir sind vom Zirkus Pumpernickel!“ Unter diesem Motto stand das diesjährige Pfingstcamp der Jungen Pioniere an der „Wernertanne“. Diesmal schien sogar die Sonne. Sechzig Kinder erlebten schöne Tage, viel Spaß und Freude. Ein tolles Programm lief ab: Nachtwanderung (mit Landung eines Ufos), Auftritt eines Feuerschluckers, Lagerfeuer, Sportfest, Gelände- und Detektivspiel, Disco und natürlich gab es auch ein großes Zirkusprogramm. Das Zirkusprogramm gestalteten die Kinder selbst, weil es so viel mehr Spaß machte. Wilde Löwen, starke Männer, Clowns, Zauberer und das Zirkusballett begeisterten kleine und große Zuschauer. Mit „Krachinstrumenten“ und der Zirkuszeitung zog man durch die Straßen von Mörfelden, um Zirkus Pumpernickel vorzustellen. Für Mütter und Vätern, Omas und Opas war auch gesorgt. Im Elterncafe der DKP gab es reichlich Kuchen und Getränke. Also dann, bis zum nächsten Mal!

Übungszeiten der Schwimmer

Wintermonate: Montags
Trockentraining, 16.30 Uhr, Bürgermeister-Klingler-Schulsport-halle. Donnerstags, 17.00 Uhr, Fahrt zum Hallenbad Groß-Gerau. Samstags, 13.30 Uhr Fahrt zum Hallenbad Langen. Jeweils Treffen an der Schubert-Apotheke.

Sommermonate: Montags, mittwochs und freitags, ab 17.00 Uhr im Schwimmbad.



Bei einem Besuch in Erfurt fotografiert: Die „Wilhelm-Hamann-Schule“. Die Polytechnische Oberschule im Erfurter Neubaugebiet Herrnberg (unser Bild) wurde am 1. 9. 1982 eingeweiht und erhielt am 11. 4. 1986 den Namen des Antifaschisten Wilhelm Hamann.

In der Schule gibt es 580 Kinder, in einem Traditionskabinett wird ausführlich die Rettung jüdischer Kinder im KZ Buchenwald durch Wilhelm Hamann, dem 1. Landrat des Kreises Groß-Gerau nach 1945, beschrieben. Das Beispiel Erfurt sollte die Verantwortlichen im Kreis Groß-Gerau nachdenklich machen, denn hier sind bis jetzt alle Versuche, eine Schule nach Wilhelm Hamann zu benennen, gescheitert.

Nicht einlullen lassen!

Das Thema Flughafenenerweiterung bleibt in unserer Stadt ein wichtiges Thema. Viele Bürger machen sich Sorgen – zu recht. Die CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung wollte jedoch nichts von Protesten hören. Wallmann sagt, keine dritte Startbahn vorgesehen, basta! Seit neuestem ist aber Wallmann Mitglied im 20köpfigen Aufsichtsrat der Lufthansa. Es ist jetzt schon vorzusehen, wie demnächst seine Haltung zur dritten Parallelbahn aussehen wird.

Die Fakten aber lassen sich eh nicht wegwischen. Ende Mai richtete die Führungsspitze der Lufthansa „dringende Appelle“ an die FAG-Aktionäre. Man will die dritte Landebahn. Bei allen Dementis - klar ist, daß auch im Wiesbadener Wirtschaftsministerium solche Denkübungen stattfinden. Man denkt an eine verkürzte Bahn, von 2.500 Metern, für leichteres Fluggerät. Immerhin für 5 Milliarden wird eh schon ausgebaut, da wird die dritte Parallelbahn doch noch drin sein.

Im Februar 1981 verkündete der damalige hessische Ministerpräsident Börner, mit dem Bau der Startbahn West würde die flächenmäßige Expansion des Flughafens ein Ende haben.

Heute plant man 313.000 Flugbewegungen im Jahr, die aber mit dem jetzigen Bahnsystem auf keinen Fall zu bewältigen sind. Die neuen Pläne bringen aber weiteren Lärm, weiteren Waldverlust, weitere Luftverschmutzung, weitere Wasserverschmutzung, weitere Flächenversiegelung. Davon aber wird nur noch selten gesprochen.

Wir brauchen die Arbeitsplätze – ist ein wichtiges Argument, aber es gibt keine Untersuchungen über die Verkehrsbedürfnisse der dann 55.000 Beschäftigten und keine Vorsorge für eine wirtschaftliche Rezession. Wie das aber mit einer Monostruktur ausgehen kann, sehen wir bei Opel – gestern gab es dort noch 43.000 Beschäftigte, heute sind wir bei 29.000 angelangt.

Alles in allem: wir brauchen mehr als je zuvor eine wache Bürgerschaft und wir brauchen engagierte Kommunalpolitiker, die sich nicht einlullen lassen von Wallmann- und anderen Sprüchen.

Dran denken – am 12. März 1989!

rh

FAG will mehr Nachtflüge

In der Fluglärmkommission hat die Flughafen AG vorgeschlagen, die bestehenden Nachtstartbeschränkungen aufzulockern. Dieser erneute Vorstoß ist sehr ernst zu nehmen.

Schon jetzt führt der Nachtflugverkehr der US-Air Base, die nächtlichen Postflüge und die zahlreichen Ausnahmegenehmigungen vom Nachtflugverbot zur starken Lärmbelastung. Eine weitere Aufweichung des Nachtflugverbots wäre ein Anschlag auf die Gesundheit unserer Bürger.



Kinderferien in der DDR Ferien in einem kinderfreundlichen Land

Die DKP und die „Jungen Pioniere“ organisieren seit zwölf Jahren Kinderferienfahrten in die DDR. In den dortigen Ferienzentren werden die Kinder optimal versorgt.

Man wohnt in Bungalows, lernt Kinder aus anderen Ländern kennen, erlebt viele Abenteuer. Natürlich gibt es Lagerfeuerromantik, Nachtwanderungen – selbstverständlich heutzutage – die Lagerdisco.

Was Eltern dabei besonders interessiert: die Kinder werden medizinisch betreut, und für jede Gruppe von 10 Kindern fährt aus Hessen ein Betreuer mit.

Auch in diesem Jahr, vom 10. 8. bis 25. 8. 1988 werden solche Ferien organisiert. Wir fahren in eine Bungalowsiedlung nach Briesenthal bei Berlin. Preis: 115,- DM. Kinder von 10 bis 14 Jahren können mitfahren. Wenn Sie mehr wissen wollen, rufen Sie uns einfach mal an:

Gerd Schulmeyer, Tel. 2 33 66.

Conny Hechler, Telefon 14 30.

Friedl Küspert, Telefon 2 42 70.

An einem Strang ziehen!

Die DKP hat mit Schreiben an den Vorstand ihren Beitritt zur „AGS“ (Aktionsgemeinschaft gegen die Schnellbahntrasse) erklärt.

Sie folgte damit der Aufforderung der „AGS“ an die örtlichen Parteien, auch dadurch die Unterstützung ihrer Forderungen und Vorschläge zu dokumentieren. Uns fiel dieser Schritt leicht, weil wir vor allem mit dem „blickpunkt“ schon lange die Arbeit der „AGS“ unterstützen und für die Verbreitung ihrer Verlautbarungen sorgen. Hoffentlich gehen die anderen Parteien diesen Schritt mit, damit in Sachen Schnellbahntrasse im Interesse der Bevölkerung an einem Strang gezogen wird!

Der Waldfriedhof wird zu klein

Der Mörfelder Friedhof bereitet den Verantwortlichen erhebliche Sorgen. In etwa 2 Jahren wird es keinen Platz mehr für Familiengräber und in etwa 4 Jahren kein Areal mehr für Einzelgräber geben. In der Presse hieß es schon, daß ab dann verstorbene Mörfelder auf dem noch ausreichend großen Walldorfer Friedhof bestattet werden sollen.

Zur Diskussion steht die Abholzung und Planierung eines Teiles der Wernertanne. Vom Rathaus ist zu erfahren, daß nur durch steigende Zahl der Urnengräber eine Friedhofserweiterung bisher nicht notwendig wurde. Es wird diskutiert über drei Möglichkeiten, und zwar eine Ausdehnung in Richtung Bahndamm, eine Vergrößerung in Richtung Groß Gerauer Straße, oder in Richtung Wernertanne.

In Richtung Bahndamm zu verbreitern ist wegen des Lärms nicht zu verantworten. Ähnlich verhält es sich bei einer Vergrößerung zur Groß Gerauer Straße hin, solange die endgültige Straßenführung im Bereich einer künftigen Bahnunterführung nicht festliegt. Für das Abholzen der Wernertanne als altes Wahrzeichen von Mörfelden und deren Einebnung kann man auch nicht plädieren.

Es ist ferner eine Urnenwand im Gespräch, die sicher nicht von allen abgelehnt wird. An eine Veränderung, der manchmal an Platzvergeudung grenzende Gräberanordnung, gerade bei Familiengräbern (Erdbestattung) denkt niemand. Hier hört man in Gesprächen mit Bürgern, daß zu breite Wege und zu große Zwischenräume vorhanden sind. Auch sollte offen darüber gesprochen werden, daß die Urnenbestattung – gerade in Mörfelden sehr verbreitet – noch mehr Interesse finden sollte.

H. H.

Nitrit im Grundwasser

Auch um Mörfelden-Walldorf macht die ständig zunehmende Belastung der Umwelt keinen Bogen. Beschwichtigungen sind immer an der Tagesordnung, so auch jetzt wieder von Seiten des Kreis Ausschusses als er erklärte: „Auch wenn das Grundwasser rund um die Mülldeponie Mörfelden teilweise verunreinigt sei, gebe es keine akute großflächige Gefährdung.“

Wir wissen es schon lange und im „blickpunkt“ und von der ehemaligen DKP-Fraktion, wurde immer wieder auf die Gefahr hingewiesen, die von der Mülldeponie ausgeht. Hier wurde schon Müll eingelagert, als noch keine Erkenntnisse über die Sicherheit von Mülldeponien bekannt waren und somit wurden die Vorkehrungen gegen das Ausschwemmen von Giften nicht getroffen.

Brisanz erhalten die neuesten Untersuchungen bei denen erhöhte Konzentrationen von Nitrit, absorbierbare organische Halogenverbindungen, sowie organische Belastungen gefunden wurden, durch die nicht allzuweit entfernte Brunnengalerie des Walldorfer Trinkwasserwerkes. Sollte eines Tages eine Beeinträchtigung der Walldorfer Trinkwasserbrunnen festzustellen sein (ein Brunnen wurde vor Jahren schon stillgelegt), dann muß Walldorf von Mörfelden mitversorgt werden. Heute ist noch nicht klar, ob eine großflächige Verunreinigung des Grundwassers durch Schöpfbrunnen rund um die Müllhalde verhindert werden kann. Der Kreis Groß-Gerau, dem die Deponie untersteht, hält jedoch weitere Maßnahmen zum Schutz der Walldor-

fer Brunnengalerie nicht erforderlich. Kann er überhaupt etwas dagegen unternehmen? Aber auch gegen andere Belastungen die unserem Grundwasser, und somit dem Trinkwasser, täglich zusetzen muß soweit wie möglich Einhalt geboten werden. Findet nicht auch in unserer Gemarkung durch auswärtige Landwirte eine Überdüngung des Bodens statt? Früher wurden in einem Jahr Kartoffel und im nächsten Korn gepflanzt und kaum künstlicher Dünger gestreut – die geringen Mengen Mist und Jauche verkräftete der Boden. Heute bauen Landwirte 10 Jahre hintereinander auf den gleichen Feldern Roggen an, mit neu gezüchteten Sorten (niedriger Halm und lange Ähre). Für eine gute Ernte muß dann ständig der Traktor mit dem Düngewagen über die Felder fahren und zwischendurch manchmal alle drei bis vier Wochen, mit dem breiten Sprühgerät Pestizide (Pflanzenschutzmittel) verbreiten, damit keine Krankheiten am Getreide entstehen und sich kein Ungeziefer verbreitet.

An die Menschen, die hier wohnen, die auf das Grundwasser angewiesen sind, auch an die entfernteren Gemeinden, die Anlieger der Flüsse, die ihr Trinkwasser daraus entnehmen, oder an die Badegäste der Nordsee, die auch davon betroffen sind, wird keine Rücksicht genommen.

Die Stadt sollte auch hier einmal prüfen und den Landwirten auf unserer Gemarkung nicht alles erlauben. Die Anzahl der Düngefolgen und die Düngeart, sowie die Sprühmittel sollten geprüft bzw. hinterfragt werden.

H. H.

Katastrophale Verkehrssituation fordert schnelle Entscheidung

Seit fast 20 Jahren gibt es die berechtigten Klagen der Anwohner, die vom Durchgangsverkehr auf den Bundesstraßen 44 und 486 betroffen sind. Die Proteste der betroffenen Bürger, aber auch die ungezählten „blickpunkt“-Artikel haben offenbar dazu geführt, daß man die Mörfelder Verkehrsprobleme jetzt mehr in den Mittelpunkt rückt.

Am 15. Juni sollen die Planungen den Stadtverordneten zugehen, am 30. Juni gibts dazu eine Bürgerversammlung und im Juli sollen evtl. Sondersitzungen des Stadtparlaments stattfinden.

Es ist jetzt aber auch höchste Zeit! Täglich rauschen fast 9.000 Fahrzeuge allein durch die Rüsselsheimer Straße. Wer an einer ruhigen Mörfelder Wohnstraße lebt, soll sich diese Zahl einmal vorstellen.

Die vorliegenden ersten Gutachten der Verkehrswissenschaftler tendieren klar für eine Südumgehung. Eine Südumgehung wird erneut Natur beeinträchtigen. Die Bedenken der Bürger die gegen die Südumgehung sind, muß man ernst nehmen. Andererseits verlangt die katastrophale Situation in den Ortsdurchfahrten eine schnelle Entscheidung.



Wer sich wirklich informieren will muß auch die UZ lesen!

Verkauf: Jeden Samstag, von 8.00 bis 11.30 Uhr am „minimal“!

**Termin
vormerken!**

Am 16. Juli ist es wieder soweit:
Am Dalles steigt das große Grill-
fest der DKP.

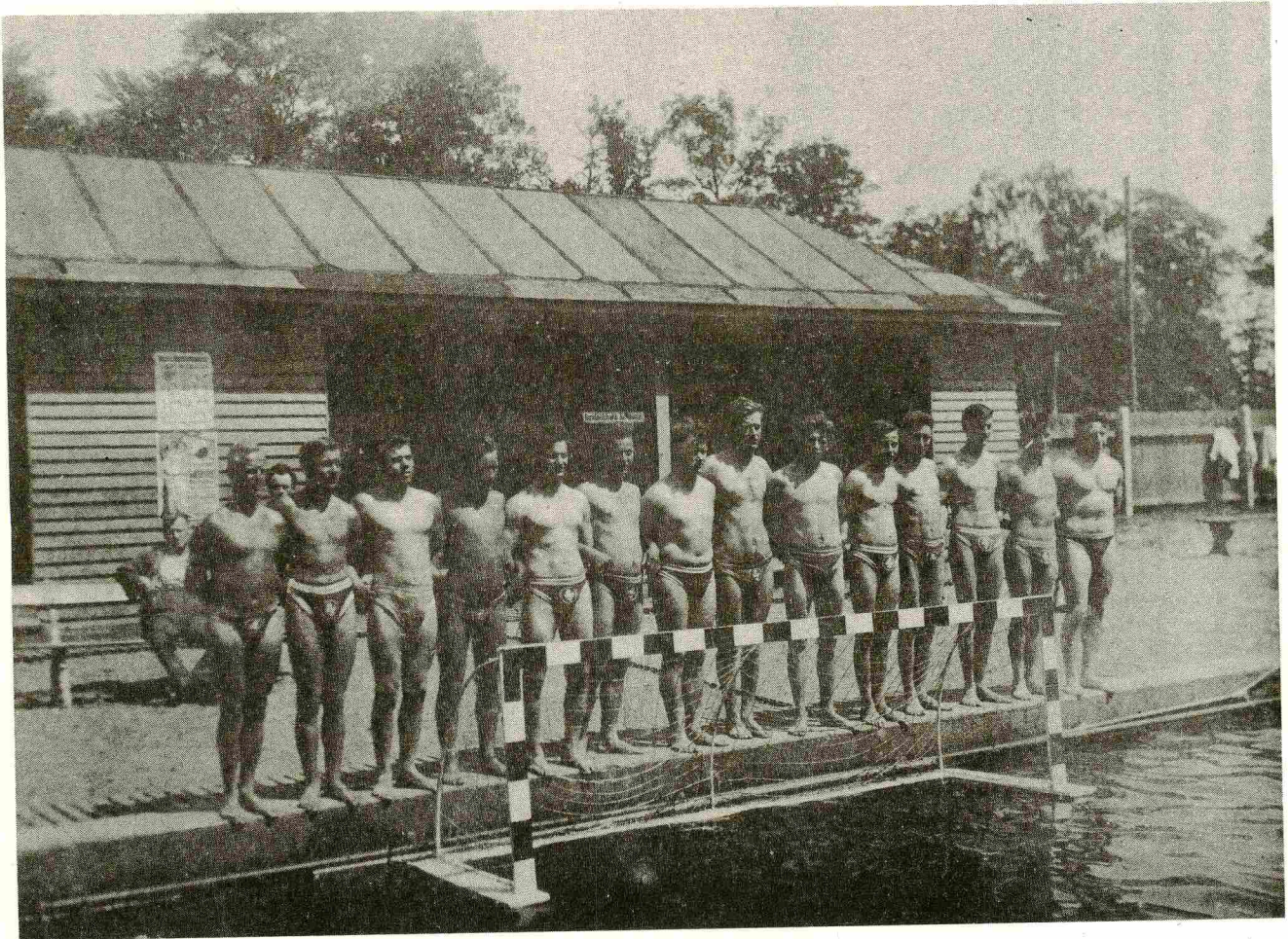
Dieses Jahr mit der Wiebels-
kirchener Schalmeykapelle und
natürlich wie immer mit großer
Tombola und Spezialitäten vom
Grill.

Schon jetzt Termin vormerken!

Über die Lagerung chemischer Kampfstoffe ist nach amerikanischen Quellen bekannt, daß die USA etwa 10 000 Tonnen Nervengase (z. B. Sarin, VX) an folgenden möglichen Standorten in der Bundesrepublik lagern: Hanau-Wolfgang, Mörfelden, Kriegsfeld, Weilerbach, Massweiler, Fischbach und Mannheim. Mengenangaben zu den einzelnen Standorten sind nicht bekannt⁷⁾. Der Transport chemischer Kampfstoffe ist

Der Verdacht erhärtet sich

Diese Notiz fanden wir in den „WSI-Mitteilungen“. Die vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB herausgegebene Zeitschrift veröffentlichte in der Nr. 2/88 die für uns erschreckende Notiz. Die DKP hat seit Jahren auf die Gefährlichkeit dieses Depots hingewiesen. Nach diesen neuen Erkenntnissen sollte das Stadtparlament und die Stadtverwaltung erneut aktiv werden. Das Lager muß weg!



Mörfelden gestern

Die Mörfelder Wasserballer der „Freien Turner“ vor der Umkleidehalle des alten Schwimmbades, aufgenommen zwischen 1928 und 1933.

Einige der stattlichen Schwimmer konnten wir auf dem nicht mehr ganz guten Foto erkennen. Es sind von links Gustav Wolf, Fritz Berz, Georg Siegel, 6. von links Jakob Dickhaut, Georg Fritz, Georg Arndt und als letzter Jakob Knöß. Einige von ihnen waren sehr vielseitig und hatten auch noch einen Stammplatz in der ersten Fußballmannschaft.